

Katastrophenpolitik

Yogyakarta nach dem Erdbeben 2006

Vielleicht klingt es für einen Laien ein wenig seltsam, dass Naturkatastrophen politische Entwicklungen beeinflussen können. Naturkatastrophen können die aktuelle politische Lage zu einer konstruktiveren Änderung führen oder im Gegenteil in einem Chaos enden.

Heru Nugroho

Diese Erkenntnis wurde schon durch den Philosophen Sidney Hook (1933) betont, als er zu analysieren versuchte, wie Katastrophen in einem Gebiet geschichtlich interpretiert wurden. Ein Historiker kann zwar nicht voraussagen, wann es ein Erdbeben gibt, obwohl er historische Daten zu Erdbeben besitzt, aber er kann die Informationen über natürliche Tendenzen nutzen, um politische, soziale und wirtschaftliche Auswirkungen auf die Gesellschaft abzuschätzen.

Der Einfluss von Katastrophen auf die Politik

Die Erdbebenexperten Olson, Podesta und Nigg behaupten, dass es sehr schwer sei, den Zeitpunkt eines Erdbebens vorauszusagen, weil die hierfür benötigte Technologie bis heute noch nicht hinreichend entwickelt wurde. Ihrer Meinung nach wird der Erdbeben Diskurs erschwert, wenn er in den politischen Bereich gezogen wird. Schon Simon Winchester versuchte, Naturkatastrophen und Politik in Verbindung zu setzen. Er erläuterte, dass der Ausbruch des Vulkans Krakatau im Jahre 1883 zur Bildung von Widerstandsbewegungen gegen die holländische Kolonialmacht führte. Auch wenn diese Annahme wissenschaftlich weniger anerkannt ist, kann man sie zumindest als Anzeichen nehmen, dass Naturkatastrophen einen signifikanten Einfluss auf die Politik besitzen. Der Tsunami im Dezember 2004, der die Region Aceh am schlimmsten traf, wurde oft als Hauptursache genannt, um die sozialpolitischen und wirtschaftlichen Folgen zu bewerten. Zum Beispiel vermutete BBC-Korrespondent Paul Reynolds (BBC News, 21/12/05), dass der Tsunami in Asien eine konstruk-

tivere Politik in Bezug auf den Friedenprozess zwischen den verfeindeten Seiten sowohl in Sri Lanka als auch in Indonesien auslöste. Obwohl diese Annahme unter Politikwissenschaftlern verschiedene Debatten ausgelöst hat, haben die Bewohner beider Gebiete jedoch den Frieden erlebt, den sie früher durch den Bürgerkrieg nie erleben konnten.

Unabhängigkeitsbewegungen wie die Tamil Tigers in Sri Lanka und die Bewegung Freies Aceh in Indonesien neigen tatsächlich zu Misstrauen gegenüber der Hilfspolitik einer korrupten Regierung. Dennoch ist es eine Tatsache, dass sich die zwei politischen Kräfte, nämlich Regierung und Separatisten, einig sind, einen Waffenstillstand herbeizuführen und über den diplomatischen Weg zu verhandeln. Eine Auswirkung eines solchen politischen Fortschritts ist die Vermeidung von Opfern unter der Zivilbevölkerung. Die beiden erwähnten separatistischen Bewegungen sind sich bewusst, dass sie nur mit dem Wiederaufbau in einer friedlichen Situation das Vertrauen der Bevölkerung zurückgewinnen werden können.

Am 27. Mai 2006 um 5:54 Ortszeit erschütterte ein Erdbeben mit der Stärke 6,3 auf der Richterskala die Region Yogyakarta und Umgebung. Das Epizentrum lag ungefähr 33 Kilometer südlich von Yogyakarta. Nach dem letzten Stand gab es 6.234 Tote und 36.299 Verletzte, 1,5 Millionen Menschen wurden obdachlos, und 135 Häuser wurden zerstört. Die meisten Opfer gab es im Landkreis Bantul, da er dem Epizentrum am nächsten lag. Das Erdbeben zerstörte auch die historischen Tempel in Prambanan und königliche Gräber des Reiches Mataram in Imogiri. Nach diesem schweren Erdbeben gab es noch eine Reihe von Beben und Tsunamis wie in West-Java und Gorontalo (Sulawesi).

Indonesien liegt am so genannten ring of fire, wo verschiedene Erdplatten zusammenstoßen, was die Region für Naturkatastrophen anfällig macht.

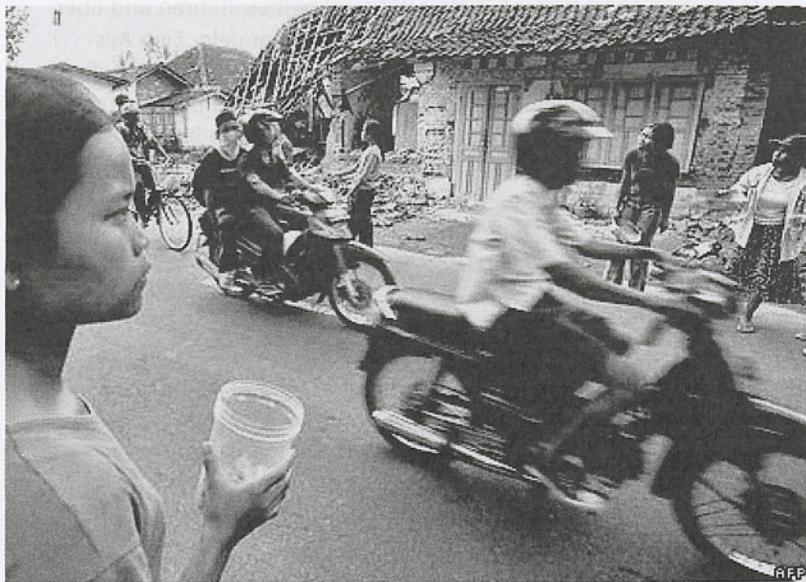
Wie ist nun der Zusammenhang zwischen Katastrophen und Politik in der Region Yogyakarta? Gilt die Hypothese »Naturkatastrophen können sich auf den Demokratisierungsprozess auswirken« in diesem Gebiet? Untersuchungen in der Region zeigten, dass

Der Autor ist Dozent für Soziologie an der Fakultät für Politik und Soziologie, Uni Gadjah Mada in Yogyakarta. Zurzeit hat er einen Forschungsauftrag an der Uni Bochum.

diese Hypothese verworfen werden kann, weil es genau in der Region Yogyakarta eine verzwickte politische Angelegenheit nach dem Beben gab. Einige Tage nach der Katastrophe versprach Vize-Präsident Jusuf Kalla in den überregionalen Zeitungen, den Opfern des Bebens zu helfen. Aufgeschlüsselt nach der Schwere der Schäden sollten Bürger mit total zerstörtem Haus 30 Millionen Rupiah (Rp.), mit schwer beschädigtem Haus 20 Millionen Rp. und leicht beschädigtem Haus zehn Millionen Rp. erhalten. (Kedaulatan Rakyat 6/6/06). Die Regierung versprach außerdem sofortige Hilfe. Die Bürger haben jedoch erst 90.000 Rp. als Unterstützung für einen Monat und zehn Kilo Reis erhalten; die Kosten für Küchengeräte und Kleidung im Wert von 100.000 Rp., die jedem darüber hinaus versprochen wurden, wurden noch nicht gezahlt.

Selbstmord als letzter Ausweg

Daher ist es nicht überraschend, wenn betroffene Staatsbürger sich beklagen bzw. beschweren, weil die Regierung ihre Versprechen nicht erfüllt. In einigen Fällen haben arme Bürger sogar den Freitod gewählt, weil es nichts mehr gibt, auf das sie hoffen können, um das Leben zu ertragen. (Kompas 5/6/2006)



Trotz vieler Versprechen – noch tut sich wenig.

Quelle: BBC Indonesia

Dieses extreme Phänomen kann so verstanden werden, dass ein Teil der armen Leute der Regierung nicht zutraut die Situation nach dem Erdbeben in den Griff zu bekommen, so dass Frustration und soziale Unruhen ausbrechen können.

Ein deutliches Zeichen für soziale Unruhe war eine große Demonstration vor dem Gebäude Gedung Agung, als der Vizepräsident gerade zugegen war. Organisiert wurde die Demonstration von der Gerakan Aksi Tagih Janji 30 Juta (Aktion Einforderung des

30-Millionen-Versprechens) und dem Forum Korban Bencana Gempa Yogyakarta (Forum der Opfer des Erdbebens Yogyakarta), die die Versprechen der Regierung einforderten (Kedaulatan Rakyat 20/7/06). Leider haben die Bürger trotz der Kundgebung bisher erst vier Millionen Rp. erhalten.

Dies kommt einer öffentlichen Lüge und sozialer Missachtung gleich, die sich das Volk nie vorstellen konnte, da die Versprechen aus dem Munde hoher staatlicher Beamter kamen. Dies ist ein Beweis dafür, dass Naturkatastrophen keine politische Stabilität in der Region Yogyakarta schaffen konnten, so dass auch der Demokratisierungsprozess nicht vorwärts gebracht wurde.

Nachträglich tauchten ironischerweise sogar Argumente vom Vizepräsidenten und dem Gouverneur der Region Yogyakarta auf. Sie meinten, dass aufgrund unterschiedlicher Zählungen der Opfer zwischen den Landkreisen und dem Amt für Koordination eine Differenz von ca. 40 Prozent hinsichtlich der Höhe der Opfer bestehe. Trotzdem soll das Defizit vom Amt für Koordination und der Regionalregierung übernommen werden.

Dann versprachen die beiden erneut, dass die Gelder sofort an den Landkreis Bantul ausgezahlt würden. Die Frage ist: Kann dieses Versprechen tatsächlich realisiert werden? Lasst uns auf Taten warten!

Ein großer Teil der Bevölkerung ist pessimistisch gegenüber den Versprechungen der Regierung. Hinzu kommt, dass die Spendengelder aus dem Ausland, deren Wert fast eine Million US-Dollar beträgt, nicht transparent gemacht wurden. Naturkatastrophen sind für alle beteiligten Seiten eine politische Arena geworden.

Um die moralische Verantwortung der Regierung einzufordern, müsste das Volk gegenüber der Regierung kritischer werden, indem es ihr von vornherein ein Prinzip »schuldig bei Verdacht« vorwirft, damit die Regierung gezwungen ist, ihre Versprechen zu halten. Dadurch könnte ein noch schlimmeres Misstrauen vermieden werden, was letztendlich den Demokratisierungsprozess fördern würde.

In der Tat sind die Erdbebenopfer in der Region Yogyakarta zufriedener, wenn sie ein Fußballspiel mit Ronaldinho sehen, der »leicht lächelt«, als wenn sie die hohen Beamten im Fernsehen ständig »leichte Versprechungen« machen sehen. Dem Volk, dass sich von der Regierung bei der Wiederaufbauhilfe nach dem Erdbeben belogen fühlt, bleibt ein letzter Ausweg, nämlich durch Klassenkampf, der von unabhängiger Seite unterstützt werden sollte, um soziale Gerechtigkeit in der Gesellschaft aufrechtzuerhalten.

Der Text wurde von Mela Badruddin und Raphael Göpel aus dem Indonesischen übersetzt.